

10 JAHRE AGENDA 2010 10 JAHRE ARMUT PER GESETZ

Mit der Agenda 2010 haben SPD und Grüne versprochen, mehr Menschen in Arbeit bringen und neue Wege auf den Arbeitsmarkt eröffnen: durch bessere und schnellere Vermittlung und indem Leiharbeit, Mini- und Midi-Jobs Einstiege in reguläre Beschäftigung schaffen sollten.

Nichts davon ist eingetreten: Es gibt nicht mehr Arbeit, sie wird nur anders verteilt. Mehr Menschen arbeiten in (oft unfreiwilliger) Teilzeit und können davon nicht leben. Rund 8 Millionen Menschen arbeiten im Niedriglohnbereich. Viele sind auf ergänzende Leistungen vom Jobcenter angewiesen, obwohl sie Vollzeit arbeiten. Das ist eine Zumutung für die Betroffenen - und bedeutet, dass die Billiglöhne der Unternehmen mit Steuergeldern subventioniert werden. Die Löhne insgesamt sind gesunken: sie liegen heute unter dem Niveau aus dem Jahr 2000, die Preise für Wohnen, Essen, Kultur sind aber weiter gestiegen.

Die Agenda 2010 hat die Arbeitsmarktlage für Langzeitarbeitslose nicht ver-

bessert. Mehr als die Hälfte derjenigen, die Hartz IV beziehen, hatten auch im Vorjahr Hartz IV bezogen. Über ein Viertel der Vermittelten waren nach drei Monaten wieder im Leistungsbezug: ein „Drehtür-Effekt“.

Die Ausgaben für die Arbeitsmarktpolitik sind von 22,1 Milliarden Euro im Jahr 2002 auf 15,4 Milliarden Euro im Jahr 2007 abgesenkt worden (SGB III und SGB II). Die schwarz-gelbe Regierung setzt den Kahlschlag nun fort. Dazu werden Leistungen gekürzt und Sanktionen verhängt. Oft zu Unrecht: Rund die Hälfte der Einsprüche gegen Sanktionen hat vor den Gerichten Erfolg.

Die Zahl der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter hat sich seit 2003 fast verdreifacht: auf mehr als 900 000. Nur 7 Prozent von ihnen werden in reguläre Beschäftigung übernommen. Sie bekommen bis zu 50 Prozent weniger Lohn als die reguläre Belegschaft und genießen meist keinen Kündigungsschutz, weil viele Arbeitsverhältnisse nicht länger als sechs Monate bestehen.

Die Agenda-Politik hat dazu geführt, dass die Schere von arm und reich sich weiter geöffnet hat. Armut unter Erwerbslosen nimmt zu. Das menschenwürdige Existenz-



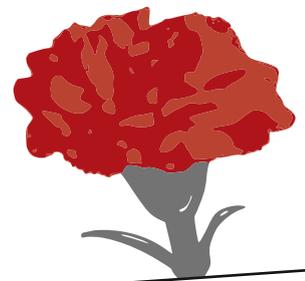
minimum wird kleingerechnet. Hartz IV ist Armut per Gesetz. Die SPD und die Agenda-Parteien sind noch heute stolz auf ihre Politik. Soziale Gerechtigkeit geht anders!

Auf den Punkt gebracht: Das Hartz-IV-System muss weg! Stattdessen wollen wir eine sanktionsfreie Mindestsicherung und eine Erwerbslosenversicherung, die den Lebensstandard sichert. Wir fordern einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro - darunter droht Armut. Und wir kämpfen mit den Gewerkschaften für höhere Löhne und gute Arbeit.

Matthias Höhn - Berlin,
Bundesgeschäftsführer der LINKEN



aus dem Inhalt: Demokraten einig gegen Nazis..... Seite 2
Jobcenter schützt Denunzianten..... Seite 4
Randbemerkungen zum SPD-Parteitag..... Seite 7
Tschechien: Verhindert Kommunisten!..... Seite 8



DIE LINKE.

PLAUEN: 170 NEONAZIS VERBIEGEN DIE GESCHICHTE

Am Samstag marschierten ca. 170 Rechtsextreme durch Plauen. Hintergrund ist der 68. Jahrestag der Bombardierung der Stadt am vergangenen Mittwoch. Etwa 700 Bürger beteiligten sich an verschiedenen Kundgebungen und einer Menschenkette, um ein Zeichen für Demokratie und Toleranz zu setzen.

deutsche Generation haben es uns zur Aufgabe gemacht, die Lügen zu durchbrechen und für ein ehrenhaftes Gedenken einzutreten.“

Gegen 13.30 Uhr begann der Marsch der rund 170 Geschichtsklitterer in der Plauener Wielandstraße und stoppte für eine Zwischenkundgebung auf

bekannte niedersächsische Neonazi Dieter Riefling.

Um den geschichtsrevisionistischen Parolen entgegenzutreten beteiligten sich 700 Bürger am Protest in Sicht- und Hörweite und einer Menschenkette. Ab 10.00 Uhr wurden verschiedene Gegendemonstrationen von



Bereits am Mittwoch fand auf dem Plauener Hauptfriedhof eine städtische Gedenkveranstaltung anlässlich des Jahrestages der Bombardierung der Stadt statt. An dieser habe laut einer Pressemitteilung auch Arne Schimmer, Vorsitzender des NPD Kreisverbandes Vogtland und Landtagsabgeordneter, teilgenommen.

Am Mittwoch Abend hatten zudem 15 Neonazis versucht, einen weiteren Kranz im Auftrag der Kameradschaft „Revolutionäre Nationale Jugend“ (RNJ) am Mahnmal für die Kriegsoffer niederzulegen. Laut Freier Presse sei dies aber durch die Polizei verhindert worden, da politische Botschaften und der Missbrauch des Totengedenkens laut Friedhofssatzung verboten sei.

Zu dem Aufmarsch am Samstag rief bereits zum dritten Mal die RNJ unter dem Motto „Ehrenhaftes Gedenken statt Anpassung an den Zeitgeist“. Weiter heißt es im Aufruf der Kameradschaft: „Viele Menschen unseres Volkes lassen sich aber auf Dauer nicht mehr länger belügen und erkennen zunehmend die ganze Verlogenheit und Heuchelei der herrschenden Klasse in diesem Land. Auch wir als junge

der Stresemannstraße/ Ecke Forststraße. Die Route, die die Rechtsextremen zurücklegten, führte an drei Imbiss-Ständen, die von Menschen mit Migrationshintergrund betrieben werden, vorbei. Gegen 16.00 Uhr endete der Aufzug. Als Redner beteiligten sich u. a. der Stadtrat der Nürnberger „Bürgerinitiative Ausländerstopp“, einer NPD-Tarnorganisation, Sebastian Schmaus und der

Parteien, Gewerkschaftern, Vereinen und anderen Initiativen gestartet. Um 11.30 Uhr fand eine zentrale Kundgebung auf dem Albertplatz statt. Schirmherren der Großveranstaltung sind Plaueus Oberbürgermeister Ralf Oberdorfer (FDP) und Landrat Tassilo Lenk (CDU). Lenk trat zudem als einer der Redner auf die Bühne.

Auch das Aktionsbündnis „Vogtland Nazifrei“ hatte zum Protest aufgerufen. „Wir sind entschlossen, rechtsextreme Aktionen im Vogtland zu verhindern und der Verbreitung menschenverachtenden Gedankengutes aktiv entgegenzutreten. Wir wollen das in gemeinsamen, gewaltfreien und öffentlichkeitswirksamen Aktionen erreichen“, so heißt es auf der Internetseite des Bündnisses.

Wie Polizeisprecher Jan Meinel der Sächsischen Zeitung mitteilte, seien alle Veranstaltungen friedlich verlaufen.

Anna Müller in „ENDSTATION RECHTS“
(www.endstation-rechts.de)





EIN SCHWARZER TAG FÜR DAS VOGTLAND

Was ist im Vogtland los? Wie kann es sein, dass in der „Hauptstadt“ des Vogtlandes rechte Geschichtsverdreher ihre Bahnen ziehen und es der Mehrheit der Bevölkerung dieser Region egal ist? Wie ist es zu erklären, dass rund 66000 Plauenerinnen und Plauener ihre Stadt den Rechtsextremisten überlassen? Ist die Bevölkerung auf den rechten Auge blind oder ist unser Vogtland doch nicht bunt?

Jetzt werdet ihr sagen, es gab doch Gegendemonstrationen, Menschen die sich, den Rechten entgegen stellen. Ja die gab es, aber leider viel zu wenig. Mir ist klar, dass es der erste schöne Tag in diesem Jahr war. Auch, dass viele samstags arbeiten müssen. Aber dass es nur rund 1700 Menschen waren, die den Trauerklößen die Stirn zeigten ist mir einfach zu wenig. Auch die Beteiligung unserer Genossinnen und Genossen bei der von der Links-

jugend organisierten Demonstration war für mich erschreckend. Wir haben ca. 500 Mitglieder im Vogtland, gesehen habe ich nur höchstens 40. Auch die Unterstützung aus anderen Kreisverbänden und der Linksfraktion war miserabel. Jedem müsste doch bekannt sein, dass am Wochenende nach dem 10. April, ein Trauermarsch der RNJ stattfindet. Es jährt sich nicht zum ersten Mal. Wie kann der Landesverband dann eine Versammlung durchführen, und damit unter anderen die Ortsvorsitzenden nach Dresden abziehen. Das würde es bei Naziaufmärschen in Dresden oder Chemnitz nicht geben. Das riecht schon fast nach Sabotage. Ja das Vogtland ist nur eine Provinz, aber seit mittlerweile drei Jahren Schauplatz von Demonstrationen rechter Kräfte und dass nicht nur ein Mal im Jahr. Dieses Jahr hatten die Rechtsextremisten in Sachsen keinen erfolgreichen Aufmarsch. Bis sie nach

Plauen kamen. Und im nächsten Jahr werden sie wieder ihre Propaganda bei uns verbreiten. Der Samstag hat gezeigt, dass die RNJ weite Kontakte in die rechte Szene hat. Die neuerliche Freundschaft zum „Freien Netz Süd“ ist gefährlich. Und wenn nicht bald ein Umdenken passiert, wird das Vogtland Hochburg von rechten Aktionen.

Dresden und Chemnitz haben es uns vorgemacht, wie man dem braunen Gesindel die Lust zu Aufmärschen vermiesen kann. Da kamen sie nicht dazu, ihre geplanten Routen zu laufen. Zu Blockaden hat es am 13. April nicht gereicht. Dazu braucht man Menschen. Menschen, die es dieses Jahr nicht gab. Aktionen wie die vom Runden Tisch mit einer Kundgebung am Albertplatz kann keine Lösung sein. Wir müssen es schaffen, die Vogtländerinnen und Vogtländer zu sensibilisieren. Ihnen klarmachen, dass sie die Verantwortung tragen, wenn Rechtsextremisten unsere Städte für ihre Propaganda missbrauchen. Es reicht nicht, aus den Fenstern zu schauen, wenn Demonstrationzüge vorbei ziehen, und dann das Fenster schließen und denken: Die machen das schon. Wir müssen endlich den Arsch hoch bekommen und uns der braunen Brut offensiv entgegen stellen.

Ich möchte die Hoffnung noch nicht aufgeben, dass dies auch im Vogtland möglich ist.

Stefan Wolf – Falkenstein



AUCH DAS JOBCENTER VOGTLAND SCHÜTZT DIE DENUNZIAN TEN

Weder die beschuldigten Hartz IV-Empfänger noch deren Rechtsanwälte erfahren von der Denunziation. So die Information, die Katja Kipping von der Bundesregierung erhielt. Darüber und über eine Anfrage dazu an das Landratsamt als einen der Träger des Jobcenters Vogtland berichtete ich in der Märzausgabe des Vogtlandboten. Inzwischen traf die Antwort des Landrates ein:

- Informanten des Jobcenters unterstehen dem Datenschutz, sie haben Anspruch auf Geheimhaltung. Die Anzeige wäre nicht mehr anonym, wenn dem Hartz IV-Empfänger erkennbar würde, dass die Hinweise nur von bestimmten Personen kommen könnten. Daher auch der verschlossene Umschlag, der vor Akteneinsicht durch einen Rechtsanwalt aus der Akte entfernt wird. Datenschutzbeauftragte hätten dieses Verfahren als rechtlich einwandfrei bestätigt.

- Das Jobcenter Vogtland geht jeder anonymen Anzeige nach. Wenn sie "leistungsrechtlich relevant" ist, wenn also ein Missbrauch vermutet wird, setzt sich das Jobcenter mit dem "Kunden" auseinander, die Anzeige wird ihm aber nicht vorgelegt.
- Trotzdem könne der Hartz IV-Empfänger gegen die Anzeige vorgehen, also einen Strafantrag wegen übler Nachrede stellen. Dann könne auch, aber erst auf richterliche Anordnung, die anonyme Anzeige offengelegt werden.
- Der Schlusssatz des Briefes lautet: "Im Jobcenter Vogtland gehen in einem nicht unerheblichen Umfang regelmäßig anonyme Anzeigen ein, in denen die geschilderte Verfahrensweise zur Anwendung kommt. Derzeit sind im Haus keine Probleme im Umgang bekannt."

Letzteres wundert mich: In meinen Sprechstunden berichteten Betroffene über falsche Anschuldigungen, z.B. über die unwahre Behauptung, sie hätten eine Arbeitsstelle, die sie verschweigen. Natürlich wehrten sie sich verbal gegen diese Verleumdung, aber keiner kam auf die Idee, Anzeige wegen Verleumdung zu erstatten. Dazu haben die meisten Betroffenen weder den Mut noch die Kraft. Demütigungen und Verletzungen der Hartz IV-Empfänger durch Falschaussagen von Denunzianten, folgendes Misstrauen gegen Menschen ihres sozialen Umfelds, gefühlte Abwertung und weitere gesellschaftliche Isolierung, all das sind offensichtlich keine Probleme für Leiter und Mitarbeiter des Jobcenters und seiner Auftraggeber!

Dorothea Wolff – Auerbach/V.

KEINE FÖRDERMITTEL FÜR SCHULBAUTEN

Am Mittwoch wurde von Bürgermeister Uwe Täschner bekannt gegeben, dass die Stadt Plauen einen Ablehnungsbescheid über die Fördermittel für die Baumaßnahmen der Sporthallen Grundschule Reusa und Hufelandschule sowie die Brandschutzmaßnahmen am Lessinggymnasium durch das Land Sachsen erhalten hat. In unserer Links-Fraktion stößt dies auf Unverständnis, zumal die Stadt Plauen für diese Maßnahmen im Haushalt 2013 bereits ihren finanziellen Eigenanteil eingestellt hat. Erst in der letzten Sitzung des Kulturausschusses im Diesterweg-Gymnasium wurde kritisiert, dass im letzten Jahr 20 Millionen Euro für Baumaßnahmen an Schulen im Land Sachsen nicht abgerufen wurden. Da stellt sich schon die Frage, nach welchen Kriterien im Land entschieden wird.

Die Stadt Plauen musste schon mehrfach Baumaßnahmen an schulischen Einrichtungen nach hinten verschieben, weil die Fördermittelbescheide des Landes negativ ausfielen. Der Bau der Aula am Diesterweg-Gymnasium wird sich damit ebenfalls weiter ver-

zögern. Aber nicht nur diese Maßnahmen, die dringend notwendig wäre. Hier zeigt sich wieder einmal, wie wichtig der Landesregierung die Rahmenbedingungen für Schulbildung, einschließlich des Sportunterrichtes, wirklich sind. Das beginnt mit dem Lehrermangel und hört beim Schulbau bzw. Schulausbau mit den dazugehörigen Sporthallen auf.

Was uns besonders verwundert: Der Landtagsabgeordnete Herr Heidan

(CDU) verkündete im November 2012 zur Wahl des neuen Präsidiums des Stadtsporthallenbundes Plauen e.V., dass die Sporthallen der Grundschule Reusa und Hufelandschule nun im Jahr 2013 gebaut werden können. Dafür habe er sich stark gemacht. Diese Äußerung war wohl zu früh und ohne die Absprache der zuständigen Stellen im Land gemacht worden.

Petra Rank - Stadträtin DIE LINKE Plauen



Die Hufelandschule

BÜRGERHAUSHALT 2014 FÜR PLAUEN

Linksfraktion im Stadtrat Plauen stellt Entschließungsantrag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen möge einen Bürgerhaushalt für Plauen ab dem Jahr 2014 beschließen.

Der Haushalt ist das Instrument, mit dem die Kommune Einnahmen und Ausgaben regelt. Mehr Transparenz und die Mitwirkung der Bürgerschaft an kommunalen Entscheidungen sind wesentliche Ziele für einen Bürgerhaushalt in der Stadt Plauen.

In den letzten Monaten haben die jetzt vierteljährlichen Einwohnerfragestunden in den Ausschüssen und im Stadtrat, das Forum Innenstadt, die breite Resonanz um das Thema Bahnhofstraße und die Neugestaltung der Fassade am Neuen Rathaus das demokratische Engagement der Plauerer belebt und belegt. Warum sollen nicht Teile des Haushalts in die Hände der Bürger selbst gegeben werden?

Warum beantragen wir einen Bürgerhaushalt?

Der Bürgerschaft soll ein verständlicher Einblick in den Haushalt Plaunens gegeben werden. Es soll größere Transparenz zu ausgewählten Inhalten und Kostengrößen entstehen. Der Bürgerhaushalt soll

- die Plauerer stärker in konkrete Haushaltsentscheidungen einbinden und die Akzeptanz für den städtischen Haushalt erhöhen
- die Bereitschaft der Bürgerschaft fördern, sich mit ihren Ideen, Vorstellungen und Prioritäten einzubringen.
- den Dialog zwischen der Bürgerschaft, dem Stadtrat und der Verwaltung stärken.
- der Politik Entscheidungshilfen auf Grundlage der Beteiligung an die Hand geben
- der Bürgerschaft Rechenschaft über die Ergebnisse geben.

Um das Projekt Bürgerhaushalt nach einem von uns beantragten raschen Stadtratsbeschluss gemeinsam mit Vertretern der Bürgerschaft für 2014 auf den Weg zu bringen, schlagen wir die Bildung einer Lenkungsgruppe aus der Bürgerschaft, dem Stadtrat, der Verwaltung und der Lokalen Agenda 21 vor.

Eine intensive Öffentlichkeitsarbeit und das Angebot zur Beteiligung über das Internet erscheinen als wichtige Elemente der Verwirklichung.

Plauen wäre damit die vierte Stadt in Sachsen mit einem Bürgerhaushalt.

Claudia Hänsel - Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Stadtrat Plauen



© Rico Schönebeck / pixelio.de

ÖFFENTLICHE GRUPPENKLÄRANLAGEN

Überforderung der Grundstückseigentümer beenden!

Andrea Roth, Abwasserexpertin der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, erklärt Antrag der Fraktion DIE LINKE zur förderrechtlichen Gleichstellung und verstärkten Förderung von Gruppenkläranlagen:

Mit dem in der heutigen Fraktionssitzung beschlossenen Antrag "Förderrechtliche Gleichstellung und verstärkte Förderung von Gruppenkläranlagen - Änderung von Förderbedingungen für Maßnahmen der Siedlungswasserwirtschaft" greift DIE LINKE das in den ländlichen Regionen in ganz Sachsen für Aufregung sorgende Thema der Umrüstung auf vollbiologische Kleinkläranlagen bis zum Jahr 2015 auf.

DIE LINKE fordert eine bis zu 50%ige Förderung des Baus von dezentralen Abwasserlösungen und damit die gleiche Förderquote wie bei der Errichtung von zentralen Abwassersystemen. Mit der aktuellen Förderrichtlinie sind derzeit lediglich zwischen 8 und 20 Prozent der tatsächlichen Ausgaben überhaupt förderfähig.

Obwohl die Abwasserbeseitigung eine kommunale Pflichtaufgabe ist, wurde diese in vielen Abwasserbeseitigungskonzepten per Federstrich durch die Aufgabenträger auf die privaten Grundstückseigentümer abgewälzt. Oftmals sind Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer, insbesondere im vorgerückten Alter, finanziell und bautechnisch überfordert, die auf sie übertragene Aufgabe der Abwasserbeseitigung auf dem eigenen Grundstück zu erfüllen.

Sinnvoller sind hier die sowohl im Bau auch als im Betrieb kostengünstigen Gruppenlösungen, die die Abwässer mehrerer Grundstücke gemeinsam behandeln. Gruppenkläranlagen sollten von den öffentlichen Trägern errichtet werden, aber auch durch den Zusammenschluss von privaten Bauträgern möglich sein. Dafür sind aber dieselben Förderbedingungen Voraussetzung, die mit unserem Antrag endlich hergestellt werden.

MdL Andrea Roth - Tannenbergesthal

KREISVORSITZENDE WOLLEN REGIONALKONFERENZEN

zu den Änderungen der sächsischen Verfassung

Anfang Februar 2013 unterzeichneten die sächsischen Fraktionsvorsitzenden von CDU, LINKE, SPD, FDP und Grünen gemeinsam eine Vereinbarung zur Änderung der Sächsischen Verfassung. Dem voraus gingen fast einjährige zähe Verhandlungen. DIE LINKE, SPD und Grüne legten die Vereinbarung zunächst ihren Parteien und Fraktionen zur Abstimmung vor. Nach einem ablehnenden Votum des sogenannten "Kleinen Parteitags" der LINKEN am 23. Februar stieg die Linksfraktion aus dem Verhandlungsprozess aus. Zugleich begann im Landesverband eine emotionale Debatte zum Thema: Etlliche Kreisverbände initiierten zwei unterschiedliche Mitgliederbegehren – pro und contra zur Teilnahme der LINKEN an den Verhandlungen zur Änderung der Verfassung. Eine verfahrenere Situation.

Am 21. März 2013 fand deshalb auf Einladung des Landesvorsitzenden Rico Gebhardt in der Dresdner Dreikö-

nigskirche – dem Ort an dem 1992 die gegenwärtige Sächsische Verfassung beschlossen wurde – eine Verständigung aller Kreisvorsitzenden und weiterer Vertrauenspersonen über den Umgang mit den beiden vorliegenden Anträgen auf Durchführung eines Mitgliederentscheids statt. Im Ergebnis einer fünfstündigen Diskussion wurde unter Moderation des Landesvorsitzenden eine Einigung erzielt.

Rico Gebhardt, Vorsitzender des Landesverbandes DIE LINKE Sachsen, resümierte: "Beide Initiativen für einen Mitgliederentscheid, die von jeweils vier Kreisvorsitzenden vertreten worden sind und damit das vorgeschriebene Quorum erfüllen, haben jetzt ihre Bereitschaft signalisiert, vorläufig auf die Durchführung eines Entscheides zu verzichten. Stattdessen soll der Gesetzentwurf, mit dem die Vereinbarung über Änderungen der sächsischen Verfassung parlamentarisch umgesetzt wird, auf Partei-Regionalkonfe-

renzen zur Diskussion gestellt werden. Anschließend kann gegebenenfalls ein Landesparteitag zu diesem Thema stattfinden. Darüber entscheidet der Landesvorstand zu gegebener Zeit in enger Abstimmung mit den Kreisvorsitzenden."

Diesem Ergebnis der Beratung der Kreisvorsitzenden folgte am nächsten Tag auf Empfehlung des Landesvorsitzenden auch der Landesvorstand der sächsischen LINKEN und beschloss, dass in Rückkopplung mit der Landtagsfraktion kurzfristig diese fünf thematische Regionalkonferenzen organisiert werden. Damit wurde dem offenkundig bestehenden Bedürfnis der Parteibasis, an der Diskussion über die Verhandlungsergebnisse und die Reaktionen darauf intensiv beteiligt zu werden, entsprochen.

Rico Schubert - Dresden

PFLEGE IST NICHT GLEICH PFLEGE!

Am 11. April fand in der Gaststätte Kartoffelhaus ein Stammtisch der Plauener Linken statt.

Als Gast war MdL Kerstin Lauterbach aus Großenhain eingeladen. Die Abgeordnete sprach über Ist-Stand und Zukunft in der Pflege. Welche Ansprüche hat ein Pflegebedürftiger? Welche Rechte haben Angehörige? Was müssen die Krankenkassen leisten. Die Landtagsabgeordnete erklärte aber auch die Vorstellungen der LINKE für die Zukunft sowie die Streitpunkte mit Landesregierung in Sachen Pflege.

Red.



viele Fragen hatten die Anwesenden an MdL Kerstin Lauterbach

AUS DEM KREISVORSTAND DER LINKEN VOGTLAND

Der Kreisvorstand beschäftigte sich auf seiner April Sitzung vor allem mit den bevorstehenden Wahlen. Plakate, Flyer und vieles mehr waren dabei zu besprechen. Die Kreisvorstandsmitglieder Ilka Reißner und André Hegel wurden als Leiter für den Wahlkampf bestimmt.

Daneben kümmerte sich der Kreisvorstand um die nächsten Aktionen und Veranstaltungen im Kreisverband. Dabei wurden eine Unterstützung für eine Queerveranstaltung beschlossen, die ersten Ideen zum Sommerfest ausgetauscht und ein Diskussionsforum zum Thema „Kuba und die Entwicklung in Lateinamerika“ am 24.05.2013 auf den Weg gebracht.

Jan Windisch - Kreisvorstandsmitglied

WÖRTER UND BEGRIFFE

August Bebel sagte einmal sinngemäß: Was wäre der Stier, wüsste er um die Stärke seiner Muskeln, und was wäre der Mensch, wüsste er um die Stärke seines Wortes! Die Sprache ist das Material des Denkens, notwendiges Mittel zur Arbeit. Die Einheit von Arbeiten, Denken und Sprechen ist nur dem Menschen gegeben.

Im Laufe der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft haben sich bei den verschiedenen Ethnien und Nationen unterschiedliche Sprachen herausgebildet. Natürlich verändern sich auch die Nationalsprachen im Laufe der Zeit. Mit der Entwicklung von Wissenschaft und Technik kamen neue Begriffe in der Sprache auf, die dem Entwicklungsland geschuldet als Fremdwörter in die Nationalsprachen eingegangen sind. Fremdwörter sind schon lange zum alltäglichen Sprachgebrauch geworden.

Allerdings werden in letzter Zeit zunehmend Wörter in der Fremdsprache - vorwiegend englisch - verwendet, für die es durchaus gute deutsche Bezeichnungen gibt. So wird zum Beispiel vor allem in Funk und Fernsehen nicht mehr von „Höhepunkten“, von „kämpfen“ gesprochen, sondern es tönt „Heileit“, oder „feiten“. Das sind im Grunde genommen überhaupt keine Wörter. Wahrscheinlich sind die englischen Wörter „highlight“ und „fight“ (Kampf) der Ursprung. Aber jede Sprache hat eine eigene Phonetik und die englische entspricht eben nicht der deutschen. Das hindert aber Sportreporter nicht daran, das englische Wort einfach deutsch auszusprechen. Dafür hat man die Bezeichnung „denglisch“ erfunden.

Neuerdings hat sich auch noch eine andere Untugend eingeschlichen. Es geht nicht nur einzelnen Wörtern an

den Kragen, auch die deutsche Grammatik wird „versaut“. Der Superlativ - die höchste Steigerungsform - genügt nicht mehr. Eine neue Redeweise muss her! Man kann doch nicht einfach sagen: „Das ist die schönste Frau.“ Ihrer Schönheit wird man doch viel eher gerecht mit: „Die Frau ist so was von schön!“ So wurde im Sportbericht von den Skiveranstaltungen in Willingen behauptet, „sie haben so was von die Zähne gezeigt“.

Es gibt auch Erscheinungen, die uns zu denken geben. Das deutsche Wort „Arbeit“ wird ganz offiziell mit „Job“ übersetzt. Es gibt „Jobcenter“, keine Arbeitsämter mehr. Man geht „jobben“ und nicht arbeiten. Jeder macht seinen Job und nicht seine Arbeit. Dabei wird hier ganz offensichtlich bei dem Wort „Job“ das Geldverdienen in den Vordergrund gerückt. Mit dem Wort „arbeiten“ verbindet sich immer noch

die Vorstellung von tätig sein, was man vom „jobben“ nicht sagen kann. Nur dort, wo Arbeit nicht vorhanden ist, spricht man noch davon, zum Beispiel bei Arbeitslosigkeit, bei dem Arbeitslosen. Joblosigkeit, Jobloser sagt niemand.

Ist das nur gedankenloses Nachplappern oder steckt mehr dahinter? Es gab eine Zeit, da wurde der Begriff „Arbeit“ hoch gehalten. Es gab die Auszeichnung „Held der Arbeit“, „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“. War das übertrieben? Oder sollte nicht das Wissen über die Bedeutung der Arbeit als Mittel der Existenz eines jeden, die Tatsache, dass die Arbeit den Menschen erst zum Menschen gemacht hat, die Arbeit als Lebensbedürfnis nahe gebracht werden? Kann das noch gelten in einer Zeit der ständigen Arbeitslosigkeit, der zunehmend prekären Arbeit, der immer ungerechteren Verteilung von Arbeit und Entgelt?

Mit der Veränderung der gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen untereinander verändert sich auch unsere Sprache oder umgekehrt: An der Veränderung im Sprachgebrauch kann man auch die Veränderung der Gesellschaft erkennen. Immer zum Guten?

Gerda Huberty - Plauen

WANN WIR SCHREITEN SEIT AN SEIT?

Randbemerkungen zum SPD-Parteitag

Ist da etwa der Saulus zum Paulus geworden? Wenn man ihnen doch endlich vertrauen könnte, allein schon, um die Merkel-Röblersche Politikerarroganz endlich zu beenden. Naja, die Erfahrung gibt da eher wenig Hoffnung. Haben sie doch plötzlich die soziale Gerechtigkeit für sich entdeckt und sogleich beansprucht.

Genau diese aber hatten sie doch selbst zu Grabe getragen mit Hartz IV, Rente ab 67 und Geschenke für die Wohlhabenden (Senkung des Spitzensteuersatzes, Abschaffung der Vermögenssteuer und andere „Wohltaten“). Welch ein Aufschrei der Empörung, als die Linke - damals PDS - einen Mindestlohn von 7,50 EUR wie andere soziale Korrekturen forderte. Und nun? Soll er gar bei 8,50 EUR liegen.

Schau an! Überhaupt, liebe Genossen (wenn ich mal so sagen darf), ist euer Wahlkampfprogramm bei genauem Hinschauen nichts anderes als ein Plagiat - abgeschrieben von den Linken, die ihr seinerzeit mit Spott, Hass und Häme dafür angegangen seid - sehr zur Freude von Merkel und Co.

Ach ja - Vertrauen: Da hatte er als quasi Jungsozialist einst an dem Tor des Kanzleramtes gerüttelt und - so sagt man - gerufen: Ich will hier rein! Was er dann ja auch schaffte, der Basa-Gerhard. Wohl bereits in der Überzeugung: Ich kann Kanzler! Dann war er endlich drin. Ergebnis: Bekannt (siehe oben).

Nun will er Kanzler werden. Der Per. Ich will, ich kann, ich werde... Möge er - sei´s drum - vielleicht zumindest das kleinere Übel zwischen Pest und Cholera sein. Aber vielleicht meinen sie es ja diesmal ehrlich. Halten endlich Wort. Soweit noch einmal zum Thema Vertrauen.

Nur, sehe man mir´s nach: Da ganz tief im Inneren meines politischen Herzens, regt sich eine Stimme in Sachen Steinbrück, Steinmeier und sonstigen sozialdemokratischen Urgesteins. Zeigt da doch ausgerechnet Goethe die „Faust“ (II) mit solcher Erkenntnis: „Wenn sie den Stein der Weisen hätten, der Weise mangelte dem Stein“. Obgleich, bei etwas Einsicht und Lernbereitschaft: Würde mich freuen, wenn es dann hieße: Mit uns zieht die neue Zeit?

Jürgen Böhm - Schöneck

HAUPTSACHE, WIR WERDEN NICHT VON KOMMUNISTEN REGIERT!

Wir erhalten nur ein Fünftel des Lohns der Leute im Westen, aber Hauptsache, wir werden nicht von Kommunisten regiert. Alles ist 20% teurer als im Westen, aber Hauptsache, wir werden nicht von Kommunisten regiert. Wir müssen die Lebensmittelabfälle essen, die aus westlichen Ländern importiert werden, aber Hauptsache, wir werden nicht von Kommunisten regiert.

Unsere Staatsschulden betragen 1,7 Billionen Kronen und dafür bezahlen wir jährlich 90 Milliarden Zinsen, aber Hauptsache, wir werden nicht von Kommunisten regiert. Die Zahl der in Armut lebenden Menschen erhöht sich, die Zahl der Obdachlosen wächst, die Zahl der Menschen, die in Wohnheimen eingesperrt sind, die Zahl der Menschen, die bankrott sind, aber Hauptsache, wir werden nicht von Kommunisten regiert.

Die Kreise werden von Leuten verwaltet, die jeden öffentlichen Auftrag über-teuern, so wie das der ehemalige Umweltminister Dobil getan hat, um mit Milliarden unserer Kronen sein eigenes Säckel und das Säckel der Parteikasse der ODS (Bürgerlich-Demokratische Partei d. Ü.) zu füllen, aber Hauptsache, wir werden nicht von Kommunisten regiert.

Auf Gesundheitsvorsorge hat nur noch

DER AKTUELLE SPRUCH DES MONATS:

Und der Herr sprach zum Pferd: „Es werde Rind“, und das Pferd ward Rind!

(frei nach 1.Mose 1.1., Psalm 33.9 u. Korinther 4.6)

DARAUS DIE FRAGE DES MONATS:

Wieviel PS stecken in 1 kg Rindsrouladen? Unbestätigten Meldungen zufolge will Freiherr Carl Theodor von Guttenberg über dieses Thema seine neue, diesmal hoffentlich plagiatsfreie Doktorarbeit schreiben!

Dieter Riedler - Leubnitz

der Anspruch, der mit einem BMW vor dem Krankenhaus vorfährt, so wie das der Medizinprofessor Pafko gesagt hat, aber Hauptsache, wir werden nicht von Kommunisten regiert. In die Rente werden wir mit 74 gehen, was vom biologischen Standpunkt her völliger Unsinn ist, aber Hauptsache, wir werden nicht von Kommunisten regiert.

Das ist einfach die tägliche Begründung für alles. Wir befinden uns in völligem Verfall, aber wir können mit dem Satz antworten: Aber Hauptsache, wir werden nicht von Kommunisten regiert. Und sofort sind alle Probleme gelöst. Den hervorragendsten politischen Parteien auf der Welt, der ODS und Top09 wird von den Menschen eingeheizt werden.

Gefunden in der Monatszeitung der Kommunistischen Partei Böhmens und Mährens (KSCM) 12/2012 und übersetzt von Karl-Heinz Wendt

BIS DASS DER TOD UNS SCHEIDE ...

Nun endlich wird härter durchgegriffen. War ja auch höchste Zeit. Krankenscheine für die Hartz-IV-Faulenzer! Vielleicht noch, um die Termine für die Zwangsmeldung zu versäumen? Einen Ein-Euro- oder Billigjob etwa gar nicht antreten zu müssen? Eine (obwohl unnütze) „Weiterbildung“ auszuschlagen?

Nichts da! Glaubt den humanitären Gefühlsduseleien der Ärzte nicht. Nicht fördern, nein: fordern, fordern und nochmals fordern, so hatten wir wohl gelernt. Lenin - oder war 's Mün-tefering?

Ein gestrenger Amtsarzt muss her. Nein, nicht der Eid des Hippokrates - der Schwur auf Merkel und von der Leyen soll von nun an gelten. Oder, besser noch, die Hartz-IV-Gesetze solcher Art erweitern: Als Nachweis für Krankheit gilt zukünftig nur: Beim Aufsuchen des Amtes ist der Kopf unter dem Arm zu tragen - mit der amtsärztlichen Bescheinigung, dass es sich auch um den eigenen handelt! Na also, geht doch!

Jürgen Böhm - Schöneck

WIR GRATULIEREN

allen Leserinnen und Lesern des Vogtlandboten, die im Mai Geburtstag feiern können. Besondere Grüße an jene, welche einen „runden“ begehnen oder über 80 Jahre jung werden:

G. Wohlrab	Markneuki.	03.05.
Hans Herzog	Lengsfeld	04.05.
Günther Wilfert	Oelsnitz	06.05.
Dieter Kundler	Plauen	09.05.
Thea Himmer	Bad Brambach	14.05.
Inge Schäfer	Falkenstein	14.05.
J. Hermann	Werda	14.05.
Edith Schulze	Rodewisch	16.05.
Hanna Meinel	Klingenthal	18.05.
G. Wohlrab	Auerbach	22.05.
Egon König	Oelsnitz	24.05.
A. Solbrig	Reichenbach	26.05.
G. Pfrötzschnier	Adorf/V.	29.05.
G. Vogel	Ellefeld	31.05.

Allen wünschen wir eine kräftige Gesundheit, viel Freude und Spaß am Leben und alles erdenklich Gute

Der Vogtlandbote

SCHUH DES MONATS



Impressum - Der Vogtlandbote

Herausgegeben vom Kreisverband Vogtland der Partei Die LINKE. Erscheint monatlich im Selbstverlag. Vertrieb über die Gruppen der Partei Die LINKE des Vogtlandes. Postzustellung kann erfolgen gegen einen Unkostenbeitrag und Erstattung der Portokosten (gesamt 2,50 Euro). Bankverbindung: Sparkasse Vogtland, BLZ 87058000, Konto-Nr. 3552002390, Kontoinhaber: Die LINKE Vogtland, Verwendungszweck: Spende Vogtlandbote. Anschrift: Vogtlandbote c/o DIE LINKE, 08209 Auerbach/V., A.-Schweitzer-Str. 34; E-Mail: vogtlandbote@t-online.de. Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 13.04.2013, Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 17.05.2013. Die nächste Ausgabe erscheint am 03.06.2013. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften sinngemäß zu kürzen. Bildquellen direkt am Bild oder Eigene. Nachdruck mit Quellenangabe ist erwünscht - Belegexemplar wird erbeten. V.i.S.d.P.: P. Giersich - Auerbach/V.